Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Koeckner,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Nr. 171.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 8. März.

1890.

Amtliches.

Berlin, 7. März. Der kaiserliche General-Konsul Dr. Arendt in Antwerpen ist gestorben.

Der König hat den Landgerichtsrath Friedrich und den Amtsgerichtsrath Dr. Mencke, beide hierselbst, zu Kammergerichtsräthen ernannt; sowie dem Konsistorialrath Professor Dr. Hermann Schultz zu Göttingen die Pfründe und den Titel eines Abtes zu Bursfelde, und dem Rechnungs-Revisor Beyer bei dem Landgericht in Halle a. S. den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Der Rechtsanwalt Georg Cohn in Tilsit ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Königsberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Tilsit, und der Rechtsanwalt Weiß in Schroda zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schroda, ernannt worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 7. März, 11 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung der Vorlage, betr. Veränderungen in den Ressorts des Handelsministeriums und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

Nach der Vorlage soll die Verwaltung des Berg-, Hütten- und Salinenwesens nicht mehr wie jetzt dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, sondern dem Handelsministerium unterstellt werden.

Abg. Richter (dfr.): Die vorliegende Frage ist keine solche, zu der man auf Grund eines Parteiprogramms zu einer bestimmten Stellung gelangt. Es handelt sich eine Zweckmäßigkeitsfrage. Aber die Begründung des Gesetzentwurfs ist so dürftig, daß es mir unmöglich ist, schon jetzt auf Grund derselben zu einer bestimmten Erklärung für oder gegen den Entwurf zu gelangen. Soweit ich bis jetzt im Stande bin, die Sache zu übersehen, scheint mir das Bergdepartement viel engere Beziehungen zu dem Eisenbahnministerium zu haben. Das Bergdepartement hat hauptsächlich die Verwaltung der Staatsbergwerke, die fast ausschließlich Kohlenbergbau betreiben. Nun ist der Eisenbahnminister nicht bloß ein großer Kohlenkonsument für die Eisenbahnen, sondern er ist auch der Hauptverfrachter der Kohlen. Die Frage des Kohlentransportes hängt aber eng zusammen mit der Frage der Kohlenproduktion und des Absatzes, und die zur Zeit schwebenden Fragen einer Aenderung der Kohlentarife lassen sich sachgemäß nicht anders lösen als im engen Zusammenhang mit der Kohlenproduktion und dem Kohlenabsatz. Nun wird in der Motiven besonders auf die Arbeiter hingewiesen. Kein Ministerium aber beschäftigt sich so viel mit Arbeitern, hat unmittelbar so viel praktisch mit Arbeiterfragen zu thun, als gerade das Eisenbahnministerium. Viele Tausende von Arbeitern sind in den Staatswerkstätten für den Eisenbahndienst thätig, viele Tausende von Arbeitern sind bei öffentlichen Bauten beschäftigt. Allerdings hat das Bergdepartement auch Aufsichtsrechte gegenüber dem Privatbergbau. Diese Aufsicht ist aber weniger eine gewerbepolitische, als eine Aufsicht technischer Natur.

Die sachlichen Gründe, die in der Vorlage für Abzweigung des Bergdepartements angeführt werden, scheinen mir bis auf Weiteres sehr wenig durchschlagend. Allerdings wird ein äußerer, formeller, mehr mechanischer Grund vorangestellt. Das Eisenbahnministerium wird auch nach Abzweigung des Bergdepartements noch sehr groß sein, während das Handelsministerium so klein ist, daß man ihm das Bergdepartement wohl zutheilen kann. Ich bin nicht geneigt, solche äußeren Gründe in Bezug auf die Vertheilung der Ressorts in den Vordergrund zu stellen. Vor Allem kommt in Betracht, aus welchen Gründen s. Z. 1879 die Handelsabtheilung eigentlich losgetrennt ist von den damaligen großen Handelsministeriem. Die Gründe werden seltsamerweise in der Vorlage gar nicht erwähnt. Erinnern Sie sich jener großen Reichstagsrede des Kanzlers, worin er ausführte, es gebe keinen preußischen Handel, sondern nur einen deutschen Handel, und es sei ein Unding, ein besonderes preußisches Handelsministerium ohne organische Verbindung mit der Reichsverwaltung zu haben. Nicht lange nach dieser Rede kam der Entwurf mit der Abzweigung der Handelsabtheilung. In der Begründung wurde die Beziehung des Handels zum Reich als Grund in den Vordergrund gestellt. Man sagte, die Personalunion des preußischen Handelsministeriums und des Reichskanzlers, bezw. des Chefs des Reichsamts des Innern sei eine so in der Natur der Sache liegende und erleichtere so sehr sowohl die Wahrnehmung des Standpunktes des Reiches als der preußischen Verwaltung, daß man es nur in jeder Beziehung befürworten könne, eine solche Personalunion zu ermöglichen durch Schaffung eines preußischen Handelsministeriums mit einem beschränkten Ressort, das der Reichskanzler, beziehungsweise der Präsident des Reichsamtes des Innern wahrnehmen könne. Jetzt ist von alledem keine Rede mehr. Der Gesetzentwurf ist motivirt, als wenn wir in Preußen ganz allein beständen, und als ob das Reich gar nicht in Frage käme. Ich habe damals diesen Standpunkt der Personalunion durchaus nicht in so unbedingter Weise getheilt, wie er von Seiten der Regierung betont wurde. Man kann auch viel dagegen sagen, namentlich von preußischem Standpunkt aus. Aber es ist doch sehr wunderbar, wenn jetzt, wo derselbe Ministerpräsident wie damals an der Spitze des preußischen Ministeriums steht, ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, für den alle die Gründe nicht mehr vorhanden sind, die damals die Ermöglichung einer Verbindung zwischen dem preußischen Handelsministerium und dem Reichsamt des Innern angeführt wurden.

Allerdings ist in den letzten Wochen thatsächlich das preußische Handelsministerium selbständig gemacht worden und dadurch die Personalunion gelöst. Dafür lassen sich ja auch aus der augenblicklichen Situation und aus den augenblicklichen persönlichen Verhältnissen heraus recht viele Gründe anführen. Der Reichskanzler hat dem Arbeiterschutzgesetz, das der Reichstag wiederholt fast einstimmig angenommen hat, aufs äußerste widerstrebt. Der Monarch aber theilt die Ansicht des Reichstages und will vorgehen in einer dem Reichstage konformen Richtung der Arbeiterschutzgesetzgebung. Es ist natürlich, daß er dann den Wunsch haben muß, zur Ausführung dieses seines mit dem Willen des Reichstages übereinstimmenden Willens, einen selbständigen Handelsminister zu haben, der nicht, wie der Herr Reichskanzler in der entgegengesetzten Richtung engagirt ist. Aus diesem Gedanken ist der Wunsch erklärlich, wenn man nicht überhaupt mit dieser Frage die Personalfrage des Reichskanzlers in Verbindung bringen will, was jedenfalls unzweckmäßig sein würde und keinenfalls den Erlaß eines Arbeiterschutzgesetzes beschleunigen könnte.

Wenn nun aber die Maßnahme der Ernennung eines selbständigen Handelsministeriums aus den augenblicklichen Verhältnissen heraus verständlich ist, so ist es doch ein Anderes, ob man jetzt diesem Gesetzentwurf zustimmen soll, bei dem es sich um eine dauernde Maßnahme handelt, die hinausgeht über die augenblickliche Situation und über die augenblicklichen Personalverhältnisse. Es ist doch zweifellos, daß, wenn man das Handelsministerium durch Zutheilung des Bergdepartements vergrößert, man dadurch einer künftigen Personalunion des Handelsministeriums mit dem Reichsamt des Innern thatsächlich Schwierigkeiten bereitet; denn je größer das preußische Ressort ist, desto weniger kann es mit einem Reichsressort verbunden werden, und wenn es doch geschieht, so wird das Bergdepartement davon am wenigsten einen Nutzen haben. Ich meine deshalb, man kann zu dieser Frage überhaupt keine bestimmte Stellung nehmen lediglich auf Grund der Erwägung preußischer Verhältnisse, sondern nur, indem man allgemein die Organisation der obersten Reichsämter in Betracht zieht. Nun hat Herr von Bennigsen im Reichstag selbst den gegenwärtigen Zustand der Organisation der obersten Reichsämter für unhaltbar erklärt und verlangt, daß Chefs von Reichsverwaltungen mit selbständiger Ministerverantwortlichkeit geschaffen werden. Meine Freunde im Reichstag haben diese Ansicht durchaus unterstützt, und, ich glaube, gegenwärtig ist diese Anschauung Gemeingut aller politischen Parteien geworden, denn man muß sich in der That sagen, daß es mit der jetzigen Organisation nicht so fortgeht, daß dieselbe namentlich für Preußen eine Versumpfung der Gesetzgebung mehr und mehr herbeiführt, die nachgerade für alle Theile unerträglich wird. Nun hören wir jetzt unwidersprochen, daß Kaiser und Kanzler konferiren über eine anderweitige Organisation der obersten Reichsverwaltung. Uns kann es aus den angeführten Gründen nicht einfallen, in diese Verhandlungen irgendwie störend einzugreifen. Wir werden abzuwarten haben, was dabei herauskommt, aber eben weil wir abzuwarten haben, würde ich es für falsch halten, jetzt sich definitiv schlüssig zu machen über einen solchen Gesetzentwurf, den man thatsächlich nur untersuchen kann im Zusammenhang mit der Frage der Reform der obersten Aemter im Reiche. Die Stellung des Reichskanzlers war bisher verknüpft mit der Stellung des preußischen Ministerpräsidenten, die Stellung des Staatssekretärs des Reichsamtes des Innern mit derjenigen des preußischen Vizepräsidenten. Eine Rückwirkung der Veränderung der Verhältnisse im Reiche wird daher auch auf Preußen stattfinden, und darum ist es unrecht, in einer solchen Organisation eine Art von Flickgesetz zu machen, bevor man weiß, wie überhaupt die ganze Organisation im Reiche und in Preußen demnächst sich gestalten wird.

Ohne mich daher in Bezug auf die Schlußabstimmung irgendwie festlegen zu wollen, meine ich doch, daß es bei dieser Lage der Sache nicht gerathen ist, heute schon in die zweite Berathung einzutreten, und empfehle daher die Verweisung der Vorlage an eine Kommission, in welcher wir versuchen müssen, ob und welche Auskunft wir erhalten können über die Absicht der Regierung in Bezug auf eine Organisation in den oberen Reichsämtern überhaupt. (Zustimmung links.)

Abg. Schulz (Bochum, nl.): Ich möchte der hohen Befriedigung, welche die Vorlage unter den Bergbautreibenden erregt hat, Ausdruck geben. Wir kehren damit zu einer Einrichtung zurück, die sich 30 Jahre lang durchaus bewährt hat. Die Leitung der Verwaltung durch das Arbeitsministerium hat sehr häufig verwandte Interessen in ihrem Verband gelockert und die an sich nicht zusammenfallenden Interessen anderer Gewerbe häufig in eine nicht zuträgliche Verbindung gebracht. Nur dem hohen Gerechtigkeitssinn des Arbeitsministers ist es zu verdanken, daß keine Konflikte zwischen Eisenbahn- und Bergverwaltung entstanden sind. Der jetzige Handelsminister hat sich, wie selten einer, in schwerer Zeit mit dem Bergbau bekannt gemacht und hat seine Kräfte den Interessen der Bergleute zur Verfügung gestellt. Er hat die Sympathieen der Arbeitgeber und Arbeiter in gleichem Maße, und wir hoffen auf seine gedeihliche Wirksamkeit. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Kröcher (kons.): Wir sind mit der Vorlage einverstanden, indem wir den Gründen der Regierung zustimmen. Die Interessen des Bergdepartements sind ganz ähnliche, wie die des Handels überhaupt. Wir stimmen den Motiven zu und halten eine kommissarische Berathung für unnöthig. Wir können sofort in die zweite Berathung eintreten.

Der Antrag Richter auf kommissarische Berathung wird hiermit abgelehnt, und sofort in die zweite Berathung eingetreten.

Abg. Richter: Ich muß meine Verwunderung darüber aussprechen, daß von keiner Seite darauf näher eingegangen ist, daß durch diese Aenderung thatsächlich künftig eine Personalunion zwischen dem Handelsministerium und einem Reichsamt erschwert wird. Früher ist doch gerade von den anderen Parteien die nationale Seite der Sache betont worden. Jetzt läßt man das vollständig fallen, ohne daß irgend ein Grund angegeben ist, warum jetzt absolut entgegengesetzte Anschauungen geltend sind. Namentlich ist es eigenthümlich, daß seitens der Herren Minister gerade auf diese grundsätzlichen Fragen in keiner Weise eingegangen wird. Das macht den Eindruck, als ob in der That sehr wichtige Verhandlungen noch schweben und man deshalb durch eine öffentliche Erörterung der Frage nicht vorgreifen will. Um so weniger ist es angezeigt, schon jetzt in eine Abstimmung einzutreten.

Die Vorlage wird hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Die zweite Berathung des Justizetats wird hierauf fortgesetzt bei den einmaligen Ausgaben.

Bei Titel 2 „Neubau eines Geschäftshauses für das Amtsgericht und eines Gefängnisses zu Pr. Stargardt 100 000 M." spricht sich

Abg. Dr. Sattler (nl.) gegen die Höhe der Position aus und wünscht, daß die Ansammlung solcher Summen statt zum Bau von Amtsgerichtsgefängnissen, für größere Bezirksgefängnisse, die besser als die kleinen Gefängnisse eingerichtet werden können, verwandt werden solle.

Geheimrath Starcke weist auf die gesetzliche Bestimmung hin, daß bei jedem Amtsgericht ein Gefängniß vorhanden sein soll. Für den Bau großer Zentralgefängnisse seien außerdem große Summen nothwendig, welche erst im Laufe vieler Jahre angesammelt werden können. Die in den Zeitungen oft geschilderten Uebelstände der kleineren Gefängnisse seien vielfach übertrieben, wenn sie natürlich auch nicht so gut wie Zentralgefängnisse seien. Die Einziehung sämmtlicher kleineren Gefängnisse würde finanziell von großer Tragweite sein.

Abg. Gerlich (frk.) hält die geforderte Summe für ein Amtsgefängniß zu hoch. Die Gefängnisse würden vielfach so bequem eingerichtet, daß sich die Leute nach Unterkunft in denselben förmlich drängten.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Tit. 12 „Neubau eines amtsgerichtlichen Geschäftshauses und Gefängnisses in Lublinitz" schildert

Abg. Letocha (Zentr.) die Zustände des Lublinitzer Amtsgerichts und Gefängnisses als sehr mißliche, die einen Neubau dringend erheischten, wünscht aber statt des in Aussicht genommenen Bauplatzes eine mehr in der Stadt liegende Baustelle.

Geheimrath Starcke bemerkt, daß ein anderer Bauplatz erst nach Verhandlungen mit den Stadtverordneten gewählt werden könne.

Die Position wird bewilligt.

Den Tit. 19 „Geschäftsgebäude für das Oberlandesgericht und das Amtsgericht in Hamm, erste Rate 150 000 Mark" beantragt Abg. Dr. Frhr. von Heereman (Zentr.) abzulehnen und zugleich die Regierung zu ersuchen, das Oberlandesgericht von Hamm nach Münster zu verlegen.

Abg. Dr. Würmeling (Zentr.) begründet den Antrag Heereman damit, daß die Stadt Münster sich zum Sitz eines Oberlandesgerichts besser eigne als Hamm, besonders wegen ihrer guten Eisenbahnverbindungen und des sonstigen regen Lebens der Stadt. Auch zahlten in Münster die Beamten weniger Kommunalsteuern.

Abg. Schmelzer (nl.) betont demgegenüber, daß Münster ohnehin gegen Hamm sehr begünstigt sei, auch die Garnison liege in Münster, weshalb man wenigstens das Oberlandesgericht der Stadt Hamm lassen solle. Die meisten Städte und die Handelskammern der Gegend hätten sich für Hamm gegen Münster ausgesprochen. Gerade Hamm bringe die Gerichtsbeamten in engen Verkehr mit dem Volk, während sie in der Behördenstadt Münster sich in Beamtenzirkeln abschlössen. Die Steuern in Münster würden sich auch bald erhöhen, sobald dort so gute Kanalisationsanlagen wie in Hamm eingerichtet würden.

Abg. Dr. Freiherr v. Heereman (Zentr.) erklärt die Ausführungen des Vorredners für nicht den Verhältnissen entsprechend und hebt besonders hervor, daß sein Antrag in der Hauptsache die Entscheidung über die Ortsfrage hinausschieben wolle, damit die Gründe für und gegen reiflich erwogen werden.

Abg. Berger (wild-lib.) spricht für die Beibehaltung von Hamm als im Mittelpunkte der Provinz liegend.

Geh. Rath Starcke macht für Hamm das dienstliche Interesse geltend, das für den Vorschlag der Regierung allein maßgebend gewesen sei.

Der Antrag Heereman wird abgelehnt. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Der Etat der Staatsschuldenverwaltung wird ohne Debatte genehmigt, desgleichen in zweiter Lesung die Novelle betr. die Verbesserung der Oder und der Spree.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872.

Dazu liegt ein Antrag Rintelen (Zentr.) vor, welcher für die Berechnung der Pension dasjenige gesammte Diensteinkommen des Beamten zu Grunde legen will, welches ihm am Tage des Dienstantrittes vermöge seines Dienstalters zusteht nach Abzug von Repräsentations- oder Dienstaufwandskosten. Zugleich soll das Gesetz auch auf früher im Privateisenbahndienst Beschäftigte ausgedehnt werden.

Nach nur kurzer Begründung durch den Antragsteller wird der Antrag von Geheimrath Heller bekämpft, welcher bittet, im Interesse der Beamten die Verabschiedung des Gesetzentwurfs durch solche heterogene Anträge nicht zu verzögern oder gar das ganze Gesetz zum Scheitern zu bringen, und nach unwesentlicher weiterer Debatte in seinem ersten Theil zurückgezogen, in dem zweiten Theil abgelehnt.

Die Vorlage wird unverändert angenommen, desgl. ohne Debatte die Entwürfe einer Haubergordnung für den Kreis Altenkirchen und betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes für die Volksschullehrer vom 6. Juli 1885.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr (Etats der Bauverwaltung und der Ansiedelungskommission.)

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

** **Berlin,** 7. März. Daß dem neuen Reichstage eine weitere kolonialpolitische Vorlage mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Ostafrika zugehen wird, kann nach den Erklärungen, welche Staatssekretär Graf Bismarck bei der Berathung der Nachtragsforderung in der vorigen Reichstagssession abgegeben hat, nicht zweifelhaft sein. In den bezüglichen Erörterungen wird indessen übersehen, daß bereits in

jener Nachtragsforderung von ungefähr 2 Millionen Mark die Ausgaben berücksichtigt waren, welche infolge einer erheblichen Verstärkung der Wißmannschen Truppe durch die Pazifizirung des südlichen Theiles der ostafrikanischen Küste entstehen werden. Daß diese 2. Wißmannsche Expedition sich infolge der neuen Kämpfe mit Buschiri und Banaheri erheblich verzögert hat, ist eine Sache für sich. Für die Unternehmungen im Süden können demnach erhebliche Mittel in der nächsten Reichstagssession nicht gefordert werden. Die Vorlage, welche Staatssekretär Graf Bismarck in Aussicht stellte, bezog sich auch nicht auf Herstellung des Friedens im Süden, sondern auf die Frage, was nach der Lösung dieser Aufgabe in Ostafrika für die Dauer geschehen solle. Behufs der Erörterung über diese Frage ist inzwischen, wie bekannt, die Sendung des Majors Liebert nach Ostafrika erfolgt, da bei den jetzigen Zuständen der Dinge die in Aussicht genommene Herüberkunft des Major Wißmann unthunlich erscheint. Die Expedition nach dem Süden soll wie bekannt, erst im April unternommen werden. — — Die Mittheilung der „Karlsruh. Ztg." über die Stellung des Großherzogs von Baden in der Frage des Arbeiterschutzes wendet sich zunächst gegen die Mittheilung der „Times", daß über diese Frage zwischen dem Großherzog und dem Kaiser Meinungsverschiedenheiten beständen. Die Erklärung der „Karlsruh. Ztg." geht aber ihrer Bedeutung nach weit über das Dementi der „Times"-Nachricht hinaus, insofern konstatirt wird, daß badischerseits schon zu der Zeit, als die Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung sich in den ersten Stadien der Besprechung befanden, und zum ersten Mal den Reichstag beschäftigten, die Inangriffnahme dieser Fragen durch die Regierungen lebhaft befürwortet wären, m. a. W. die badische Regierung hat ihrerseits im Bundesrath die Ablehnung des von dem Reichstage beschlossenen Arbeiterschutzgesetzes bekämpft, stand also schon damals auf der Seite des Reichstags, ehe noch infolge der kaiserlicheu Erlasse vom 4. Februar die Reichsregierung auf die bisherige ablehnende Stellung zu der Arbeiterschutzgesetzgebung verzichtete. — — Die Enthüllung des Wiener Korrespondenten der „Times" über die Rücktrittsabsichten des Reichskanzlers sind zwar von offiziöser Seite nicht dementirt worden, was man aber in Regierungskreisen über diese Meldung denkt, giebt heute die „Nordd. Allg. Ztg." zu verstehen. Anknüpfend an die Annahme der „Freis. Ztg.", daß der Inhalt der „Times"-Meldung von Berliner Offiziösen herrühre, bemerkt heute die „Norddeutsche": Die „Voss. Ztg.", welche die Nachrichten der „Times" vielleicht etwas zu ernsthaft behandelt hat, sei auf eine von den Offiziösen dem Freisinn (warum nur diesem?) gestellte, übrigens recht plumpe Falle hineingefallen. Im Uebrigen hätte die Behauptung der „Times", daß Fürst Bismarck dabei sei, durch Einführung verantwortlicher Reichsministerien die Lücken auszufüllen, welche sein Rücktritt hervorbringen werde, allein schon genügen müssen, der ernsthaften Behandlung dieser Nachrichten vorzubeugen. Daß der neue preußische Handelsminister bei der Berathung des Gesetzentwurfs wegen Uebertragung der Hütten- und Bergwerksverwaltung auf das Handelsministerium dem Versuche des Abg. Richter die Frage der Organisation der Reichsämter im Parlament zur Verhandlung zu bringen, durch Schweigen ausgewichen ist, kann nicht überraschen. Selbst wenn in der That Erörterungen dieser Art stattfinden, würde sich schwerlich ein Ressortminister veranlaßt finden, sich im Abgeordnetenhause über diese Dinge in eine Diskussion einzulassen. — — Die nationalliberale Kartellpresse macht in der Verzweiflung über die Vernichtung der Kartellmehrheit einen im Grunde kaum ernsthaft zu nehmenden Versuch, den Trinkspruch des Kaisers bei dem Diner des brandenburgischen Provinzial-Landtages in ihrem Sinne zu verwerthen. In einer Berliner Korrespondenz der „Hamb. Nachr." wird als politische Quintessenz dieses Trinkspruches die Kontinuität der Reichspolitik und die schonungslose Zurückweisung jeder Opposition gegen dieselbe bezeichnet. Wie man in diesen Kreisen über die konstitutionelle Verfassung denkt, ergiebt sich aus folgender weitern Ausführung: Nicht um eine Rückkehr zum aufgeklärten Absolutismus handle es sich, wohl aber darum, daß der König bez. der Kaiser die Richtung der Politik vorschreibt und nicht eine parlamentarische Majorität, daß bei uns die Volksvertretung ihre oberste Aufgabe darin zu erblicken hat, die Politik des Herrschers nach Möglichkeit zu unterstützen und sich demgemäß mit der Regierung über streitige Angelegenheiten zu verständigen, nicht aber durch herausfordernde Bestrebungen und grundsätzliche Opposition verderbliche Konflikte heraufzubeschwören. Darnach wäre der Reichstag eigentlich nur eine begutachtende Instanz, dessen eigentliche Aufgabe immer das Jasagen ist.

— Am gestrigen Vormittage unternahmen der Kaiser und die Kaiserin gemeinschaftlich wieder eine Spazierfahrt vom königlichen Schlosse aus nach dem Thiergarten. Später arbeitete der Kaiser im hiesigen Schlosse längere Zeit allein.

— Auf Befehl des Kaisers findet am Sonntag 9. d. M. im Mausoleum zu Charlottenburg eine Gedächtnißfeier statt, zu welcher die Versammlung der an dieser Feier theilnehmenden Personen um $10^3/_4$ Uhr erfolgt.

— Die Kaiserin Friedrich empfing am vorgestrigen Vormittage den Konsistorialrath Reich und Professer Gümbel aus Speyer in längerer Audienz. — Die Prinzessinnen Victoria und Margaretha begaben sich am gestrigen Vormittage wieder zu mehrstündigem Aufenthalte von hier nach Potsdam.

— Wie bereits mitgetheilt, wird im Herbst ein großes Kaisermanöver an der Küste von Schleswig-Holstein stattfinden. Die Truppen des 9. Armeekorps sollen mit der deutschen Marine einen Küstenkrieg zur Darstellung bringen. Ueber die vom Kaiser selbst ausgearbeiteten Pläne des Manövers erfährt die „Köln. Ztg." Folgendes:

Unter des Kaisers Leitung wird der so eben erst ernannte Vize-Admiral Deinhard die Manöverflotte befehligen. Diese setzt sich aus acht Panzerschiffen, einer Kreuzerkorvette, drei Avisos, zwei Torpedobootsdivisionen (zwölf Schichau'schen Torpedobooten) zu einer stattlichen Seemacht zusammen. Bemerkenswerth ist, daß die Kreuzerkorvette unter Befehl des Prinzen Heinrich steht. Die Truppen des 9. Armeekorps werden von dem kommandirenden General von Leszczynski geführt. Beabsichtigt wird ein doppelter Angriff, zunächst auf die schleswig-holsteinische Küste und dann auf die Elbmündungen. Im letztern Falle wird die unterelbische Eisenbahn, deren Verstaatlichung von der Militärverwaltung aus strategischen Gründen gewünscht wurde und am 1. April d. J. verwirklicht wird, zum ersten Male Gelegenheit haben, ihre Leistungsfähigkeit in Beförderung starker Truppenmassen zu erweisen. Sie wird durch eine größere Anzahl von Transportdampfern der Handelsflotte unterstützt werden. Zur Vertheidigung der Elbmündung wird eine ansehnliche Streitmacht von Altona aus nach Kuxhaven und nach der Mündung des Nord-Ostsee-Kanals in die Elbe bei Brunsbüttel geworfen werden.

— Dem Vernehmen der „B. Pol. Nachr." nach hat der Vorstand der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in seiner letzten Sitzung beschlossen, gegen den Plan einer deutschen Industrie-Ausstellung in Berlin Stellung zu nehmen.

— In Münster war, wie westfälische Blätter melden, am Tage der Stichwahl ein Theil der Garnison marschbereit; ebenso waren zwei geheizte Lokomotiven in Bereitschaft, um bei etwaigen Ruhestörungen im Kohlenrevier sofort Militärmacht dorthin werfen zu können. Glücklicherweise trat die Nothwendigkeit nicht heran.

Königshütte, OS., 5. März. [Eine anerkennenswerthe Einrichtung.] Es läßt sich nicht leugnen, daß ein großer Theil der Schuld an dem sozialen Elend in den Arbeiterfamilien innerhalb des oberschlesischen Industriebezirks auf die Thatsache zurückzuführen ist, daß die Töchter nach dem Austritt aus der Schule nicht auf Dienst gehen, sondern in den Fabriken oder auf der Grube Beschäftigung suchen, weil sie neben verhältnißmäßig hohem Lohn ein ungebundenes Leben genießen. Das hat zur Folge, daß solche Mädchen von der Wirthschaftsführung keine Ahnung haben und, sind sie einmal Hausfrauen, sogar nicht kochen können. Das treibt den Mann in nicht seltenen Fällen in das Wirthshaus. Um in dieser Beziehung nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen, hat, wie die „Br. Z." schreibt, Generaldirektor Junghann angeordnet, daß von jetzt ab die Mädchen, abwechselnd zu zweien oder dreien, in den der Hüttenverwaltung angehörenden Schlafhäusern eine Art Koch-Curse durchmachen sollen, was dieselben wohl mit um so größerer Bereitwilligkeit thun werden, als ihnen während dieser Zeit das übliche Schichtlohn nicht vorenthalten wird.

Stadtverordneten-Sitzung.

Posen, 6. März.

Erschienen sind die Stadtverordneten: Bach, Benemann, Brodnitz, Fahle, Fontane, Förster, Friedländer, Herzberg, Dr. Hirschberg, Jacobsohn, Jaeckel, Dr. Jarnatowski, Jerzykiewicz, Kirsten, König, Dr. Landsberger, Leitgeber, Manheimer, Müller, Nötel, Orgler, Prausnitz, Türk, Wollburg und Ziegler.

Der Magistrat ist vertreten durch: Oberbürgermeister Mueller, Bürgermeister Kalkowski, Stadtbaurath Grüder und Stadtrath Rump.

Den Vorsitz führt Justizrath Orgler.

Stadtv. Nötel referirt über die Abänderung bezw. Festsetzung der Gehaltsskalen für die städtischen Lehrer. Die

Berliner Brief.

Von Otto Felsing.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 7. März.

Das Theaterleben Berlins hat in der abgelaufenen Woche u. A. zwei Thatsachen gezeitigt, die den gewohnheitsmäßigen Premièren-Gänger enttäuschten: einmal einen Theater-Skandal, wo man ihn nicht erwartet hätte, und sodann keinen Theater-Skandal, wo man einen als unvermeidliche Zugabe zu betrachten sich schon gewöhnt hatte, nämlich in der „Freien Bühne." Um gleich zu Anfang meines Berichts den Skandal zu erledigen, führe ich an, daß der jüngsten Neu-Aufwärmung alter Stücke im „Wallner-Theater" — denn davon allein lebt jetzt die Geburtsstätte der längst verschiedenen guten „Berliner Posse" — ein kleiner Schwank von Julius Freund beigegeben war, der Sudermanns Stück „Die Ehre" persifflirte, das aber in einer Weise that, die das Publikum verletzte und zu einem jener randalirenden Proteste veranlaßte, die man unter dem Namen „Theater-Skandal" so ziemlich in jeder Theaterstadt beobachten kann, falls nicht etwa diese Stadt ein „lammfrommes" Theaterpublikum hat! Für die Autoren, welche das oft nur bitter-süße Glück haben, ihre Stücke in der Reichshauptstadt aufgeführt zu sehen, wäre es sehr zu wünschen, wenn das Berliner Premièren-Publikum nur ein wenig von solcher Lammfrommheit hätte; da aber dieses Publikum bei uns oft „überschneidig" ist, so sollten sichs die Autoren dreimal überlegen, ob sie sich mit den Erzeugnissen ihrer Muse auch vor unser Publikum wagen sollen, namentlich wenn ihre Muse ein wenig leicht geschürzt ist! Wenn der Verfasser jener Parodie „Die Ehre" sich das hätte gesagt sein lassen, es wäre ihm viel erspart geblieben. So aber hat er . . . . begreiflich genug, und doch recht unklug . . . . seinen äußerst „gepfefferten" Schwank, unmittelbar nachdem derselbe vor dem an „starke Sachen" gewöhnten Publikum eines der Ihnen jüngst schon geschilderten „Herren-Abende" einen großen Lach-Erfolg gehabt, dem als Zuschauer zugegen gewesenen Direktor des Wallnertheaters auf dessen Wunsch hin überlassen , . . . und nun nahm das Schicksal seinen Lauf! Bei der ersten Aufführung vor einem minder scrupelfreien Publikum wurde der Schwank nicht nur ausgepfiffen, er wurde niedergeschrieen, nein, niedergebrüllt; man schrie den Schauspielern „Aufhören!" zu, verlangte: „Schluß!" „Herunter mit dem Vorhang!" und rief: „Verfasser 'raus!", womit man freilich diesmal ganz etwas Anderes ausdrücken wollte als den sonst mit jenem Rufe verbundenen Wunsch! Es war ein Spektakel, ein Lärmen, Schreien, Pfeifen und Toben, wie sich dessen selbst die bekannten „ältesten Leute" nicht zu erinnern vermochten. — Ich will nun nicht etwa sagen, daß der Schwank solch ein Schicksal nicht verdient hätte; sicher ist aber, daß das Publikum bei seinem Proteste gegen die Geschmacklosigkeiten, Ungehörigkeiten und auch wohl Roheiten des Autors dem Sprichworte: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil" ganz ungewöhnlich stark nachgelebt hat!

So unerwartet hier im Wallner-Theater der Skandal ausgebrochen war, so unerwartet war die völlige Protestlosigkeit bei Gelegenheit der letzten Aufführung im Verein „Freie Bühne." Allerdings, es hätte schon ein großes Maß von Ungeschliffenheit dazu gehört, einem Autor wie Anzengruber gegenüber ein Pfeif-Konzert, begleitet von Zisch-Chören loszulassen; allein, da man diese musikalischen Uebungen Sonntags Vormittags schon so oft im „Hause Lessings" vernommen, so wunderte es einen doch, am letzten Sonntage absolut gar keinen Protest zu hören, und das um so mehr, als es doch an einem Anlasse zur Kritik-Aeußerung in den bei Premièren üblichen Formen.... gesitteten Formen natürlich!... diesem Stücke des großen Bühnendichters gegenüber wirklich nicht gefehlt hätte! — Es gehört nicht zu Anzengrubers besten Werken, dieses „vierte Gebot", obgleich es in seiner Tendenz (denn von „Idee" kann man bei so scharfer Hervorkehrung der Absicht nicht mehr sprechen) ganz vortrefflich ist und sie mit größter Deutlichkeit an einer Reihe von außerordentlich gut charakterisirten Personen veranschaulicht! Die Tendenz des Werkes ist: zu zeigen, daß das vierte Gebot auch eine Kehrseite hat, daß sehr wohl richtig ist, was es lehrt, daß aber, wenn es verlangt, Vater und Mutter zu ehren und nach ihren Worten zu thun, Vater und Mutter auch gut, ihre Worte auch beherzigenswerth sein müssen oder, wie es nach des Dichters eigenen Worten in der Schlußscene, der großartigsten des ganzen Stückes heißt, der Scene, die im Gegensatz zu allen vorhergegangenen, die auch jeder andere Bühnendichter hätte schreiben können, uns den ganzen Anzengruber zeigt: „Du hast leicht sagen zu Deinen Firm-Kindern: ehret Vater und Mutter, wie es das vierte Gebot verlangt; aber sag's auch hernach auf der Kanzel den Eltern, daß 's auch danach sein sollen!"

Vorhin erwähnte ich schon, daß das Stück wohl Anlaß zu einer berechtigten Kritik-Aeußerung gäbe. Hätte es nicht ein Anzengruber geschrieben, es wäre wohl auch in den ersten Akten des Werkes dazu gekommen; denn diese bestehen aus lauter einzelnen „Bildern"; zwischen den Scenen liegen oft Zeiträume von einem Jahre und dann wieder müssen sie als zeitlich neben einander gedacht werden; nirgend entwickeln sie sich auseinander; es fehlt ihnen so vollständig an gesetzmäßiger Nacheinanderfolge, es mangelt so durchaus an einer fortschreitenden dramatischen Handlung, wie man sich das sonst auch in „Volksstücken", trotz ihres auf Nachsicht mit dem dramatischen Bau plaidirenden Titels, schwerlich jemals in Berlin hat gefallen lassen! Daß diese Scenen interessiren, jede einzelne für sich, kann nicht geleugnet werden; aber sie interessiren gewissermaßen nur als eine Reihe von Stereoskopen-Bildern aus dem Wiener Volksleben; dramatisch lebendig ist nur die letzte Scene. Die Scene aber war dafür um so gewaltiger!

Das Werk eines echten Dichters, wenn auch eines Dichters, der sich sehr große Freiheiten und ganz gewiß kein Feigenblatt vor den Mund nimmt, ist ferner am „Berliner Theater" aufgeführt worden. Ich meine mit diesem Dichter nicht den Euripides noch auch unseren Schiller, der die im „Berliner Theater" dargestellten paar Szenen aus den „Phönizierinnen" des griechischen Tragikers ins Deutsche übersetzt hat, und zwar herzlich matt in geradezu konventioneller Sprache nach einer französischen Uebersetzung; ich meine vielmehr den Dichter Hans Hopfen, recte: Ritter Dr. Hans von Hopfen, der uns mit seinem neuesten Bühnenwerke wieder einmal, wie schon mehrmals auf seinem schriftstellerischen Entwicklungsgange, eine Ueberraschung bereitet hat. Er, der ausgezeichnete Novellist und Romanschriftsteller, der „Halbbruder des Dichters", wie Schiller wohl mit etwas Unterschätzung der Kunst bedeutender Romanciers sagt, er erwies sich eines schönen Tages ganz unerwartet als ein voller, ganzer Dichter, als ein großer Lyriker von stärkerer Kraft, edlerer Formenschönheit und süßerem Wohllaute als die meisten anderen derer, die da singen, weil ihnen „Gesang gegeben." Und wie Hopfen uns plötzlich „lyrisch kam", so kam er, nicht den Kennern seines Werdeganges, wohl aber dem großen Publikum plötzlich auch dramatisch und überraschte es mit zwar nicht vielen aber dafür desto gehaltreicheren Bühnenwerken. Eins und das andere von den früheren Dramen Hopfens wird ja wohl demnächst auch in Berlin aufgeführt werden; seine jüngste Schöpfung hat am Mittwoch im „Berliner Theater" einen starken Erfolg gehabt, der sowohl für Dichter, Darsteller und Maschinisten als auch für das Publikum sprach; denn dem phantastischen Einakter „Hexenfang" gegenüber zeigte auch das so oft und meist mit Recht übel berufene Premièren-Publikum, daß es wenigstens zuweilen auch Empfänglichkeit für den hohen, sich vom festen Boden der Wirklichkeit loslösenden Flug der Dichterphantasie hat und diesen Flug in die Wolken einer schönen Zauberwelt mitzumachen vermag, wenn nur die Schwingen jener Phantasie stark genug sind, den Aufstieg in die lichten Höhen echter Dichtung sicher und kraftvoll zu unternehmen und zu Ende zu führen! Hopfen . . . und zugleich auch mit nicht minderer Kunst der Regisseur, der Maschinenmeister und der seines Amtes im „Berliner Theater" häufig all zu sehr waltende Beleuchtungs-Inspektor . . . führt

bisherige Skala habe sich in ungleichmäßigen Sprüngen und Stufen bewegt. Das werde durch die vorliegende neue Skala beseitigt. Nach derselben sollen die provisorisch angestellten Lehrer 1200 Mark beziehen und die definitiv angestellten ein Anfangsgehalt von 1300 Mark erhalten, das in vierjährigen Perioden von je 100 Mark bis zum sechsten Dienstjahre, dann aber in vierjährigen Perioden von je 200 Mark steigt, so daß nach 26 Dienstjahren das Höchstgehalt von 2700 Mark erreicht wird. Das Dienstalter solle aber nicht mehr wie bisher vom Beginne der provisorischen, sondern von dem der definitiven Anstellung ab gerechnet werden. In der Kommission sei dagegen eingewendet worden, daß nunmehr der Anfang der Skala um so viel später liege als der Zeitraum zwischen der ersten und der zweiten Prüfung betrage; das seien mindestens 2 Jahre. Wolle man die bisherige Skala mit der vorliegenden vergleichen, so müsse man nicht das erste Jahr der neuen mit dem ersten, sondern mit dem dritten Jahre der alten Skale vergleichen. Da stellten sich denn nicht nur sehr geringe Plus-, sondern auch Minusdifferenzen heraus. Wenn man nun einen Lehrer durch die neue Skala hindurchbegleite, und die Mehr- resp. Mindersumme ausgleiche, so erhalte man eine verschwindend kleine Mehrsumme, die er im Laufe der 26 Dienstjahre bekommen würde. Es sei darum von ihm (dem Referenten) eine neue Skala aufgestellt worden, welche mit der Magistratsskala die Aufsteigung in den ersten 6 Dienstjahren gemein habe, ebenso den Sprung auf 1700 M., dann aber von 2 zu 2 Jahren um je 100 Mark steige. Dit Mehrforderung für das nächste Jahr betrage 550 Mark. Der Magistrat habe nicht bestritten, daß die neu vorgeschlagene Skala sich aus zahlreichen Gründen empfehle. Diese Skala sei von der Kommission abgelehnt worden, weil man nicht päpstlicher sein dürfe als der Papst, d. h. nicht mehr geben dürfe, als der Magistrat verlange. Dagegen sei die vom Magistrat aufgestellte Skala mit den dazu gehörigen Bemerkungen und der Uebergangsbestimmung, daß für die bereits vor dem 1. April 1889 definitiv angestellten Lehrer, um Härten zu vermeiden, neben der neuen Skala noch die alte bestehen bleibe, angenommen worden. Gegen den von ihm ausgegangenen Vorschlag eines neuen Skala, den er der Versammlung hiermit zur Annahme empfehle, sei vom Magistrate gar nichts, von der Kommission nur der oben erwähnte, nicht stichhaltige formelle Grund angeführt worden. Es sei nicht einmal gesagt worden, die Summe von 550 M., welche im laufenden Jahre mehr aufgewendet werden müßte gegenüber dem Vorschlage des Magistrats, sei zu viel. Nur mit seinem Amendement sei es möglich, aus einem Scheingeschenk ein wirkliches Geschenk zu machen. Denn die neue Skala gewähre dem Lehrer in 28 Jahren nur 175 M. mehr gegen die alte Skala, jährlich also nur 6,25 M. Diese Gehaltsaufbesserung würde die Lehrer bitter enttäuschen. Die formelle Abweichung des Hinausgehens über die Magistratsvorlage stehe garnicht beispiellos da; denn im vorigen Jahre habe die Versammlung bei Gehaltsaufbesserungen ebenso verfahren. Er empfehle dringend die Annahme der von ihm amendirten Skala.

Stadtv. Jaeckel ist der Meinung, daß man in dieser wichtigen Frage nicht ohne Rücksichtnahme auf die Steuerzahler entscheiden könne. Es sei der Gesichtspunkt ausschlaggebend gewesen, daß die Lehrer nach der den Stadtverordneten zugegangenen Zusammenstellung an den in derselben genannten Orten bis auf eine Ausnahme nicht die hier bereits bestehende Gehaltshöhe erreichten. Die Gehälter der Lehrer sollen namentlich aus dem Grunde aufgebessert werden, weil man die letzteren bei der allgemeinen Gehaltserhöhung der Beamten nicht ganz unberücksichtigt lassen wollte. Der Redner bittet, die Kommissionsvorschläge nicht von der Hand zu weisen; denn nach denselben trete noch immer eine Erhöhung von durchschnittlich 27 bis 30 M. ein.

Stadtv. Dr. Landsberger steht heute der Vorlage mit leichterem Herzen gegenüber als vor acht Tagen, nachdem ihm in der verflossenen Woche gesagt worden sei, daß die Zusammenstellung, welche der Magistrat im vorigen Jahre den Stadtverordneten übermittelt und auf deren Autorität hin er sein ablehnendes Votum gegründet habe, doch recht fragwürdig sei, da ein Theil der dort aufgeführten Städte die Gehälter jetzt entweder schon erhöht habe oder doch im Begriffe stehe, es zu thun. Außerdem aber seien gestern die Beamtengehälter bedeutend erhöht worden. Es würde daher als eine doppelte Härte erscheinen, wenn man den Lehrern gegenüber den Beamten die Zulagen nicht aus freien Stücken gewähren wollte. Er stimme der Vorlage mit dem Amendement des Herrn Nötel zu. Setze man die Rechnung des Herrn Direktor Nötel fort, so ergebe sich in 28 Jahren für den Einzelnen ein Plus von 1175 M., mithin für das Jahr 42 M., und das sei denn doch etwas besser als jene minimale Erhöhung, wenn auch noch lange nicht so viel, wie man gestern mehr bewilligt habe.

Oberbürgermeister Mueller: Der Ausdruck „Scheingeschenk“ sei nach seiner Meinung zu hart. Die Verbesserung sei allerdings nicht so hoch, wie es nach der gedruckten Zusammenstellung den Anschein habe. Auch ihm gefalle der Vorschlag des Stadtverordneten Nötel besser, als die Magistratsvorlage. Derselbe zeige ein ganz gleichmäßiges Aufsteigen, das nur an einer Stelle aus wichtigen Erwägungen durch eine Aszension von 200 M. unterbrochen werde in einem Alter, in welchem die Leute die Neigung zeigten, einen eigenen Hausstand zu gründen. Auch werde der Uebelstand vermieden, daß im 18. Dienstjahre ein Minus von 100 M. eintrete. Die finanzielle Tragweite dieser Verbesserung sei nur deshalb für das nächste Jahr so gering, weil die meisten der in Frage stehenden Lehrer bereits nach der alten Skala hätten aufrücken müssen, so daß bei ihnen der finanzielle Effekt gleich Null sei; bei einigen dagegen besserten sich die Gehaltsverhältnisse. Nach dem Aussterben der jetzt definitiv angestellten Lehrer wachse der Zuschuß allerdings bedeutend; doch sei das ein Zeitraum, nach welchem diese Skala sicherlich nicht mehr in Kraft sein werde. Er empfehle die Annahme dieser Skala. Außer anderen Vorzügen habe sie auch den, daß sie den Lehrern zur Zufriedenheit und Beruhigung dienen werde, wenn sie sähen, daß sie in Folge des Wohlwollens der Versammlung günstiger gestellt werden.

Stadtv. Türk hebt hervor, daß die Arbeit in den hiesigen Schulen eine bedeutend schwierigere sei als in rein deutschen Gegenden, weil dem Schülermaterial ein großer Prozentsatz polnischer Elemente beigemischt sei. Diese Arbeit sei nicht nur eine geistige, sondern auch eine physische. Auch dürfe man nicht vergessen, daß unsere Schulen trotz dieser großen Schwierigkeiten auf der Höhe der Zeit stünden und denen in rein deutschen Gegenden nichts nachgeben. Man möge das alles berücksichtigen und der Schule das ihr so lange bewiesene Wohlwollen erhalten!

Stadtv. Kirsten erkennt ebenfalls an, daß die Arbeit in den hiesigen Schulen schwieriger sei, als in rein deutschen Gegenden. Die Stadt Posen, welche bisher mit Stolz auf ihr Volksschulwesen habe blicken können, dürfe selbst größere Ausgaben nicht scheuen, wenn es gelte, dasselbe auf der jetzigen Höhe zu erhalten. Man habe eine Aufbesserung der Gehälter vor; trotzdem müsse man die alte Skala so sehr zu Hülfe nehmen, um die Lehrer vor Benachtheiligungen zu bewahren. Das sei in keiner Beziehung schön. Er bitte daher die Versammlung, den Antrag des Stadtverordneten Nötel anzunehmen.

Nachdem die Stadtverordneten Nötel und Türk nochmals für den Vorschlag des Ersteren eingetreten sind, wird die neue Skala mit dem Amendement des Herrn Nötel und den oben erwähnten Uebergangsbestimmungen und Bemerkungen angenommen.

Alsdann referirt Stadtv. Nötel über die neue Skala für die hiesigen Mittelschullehrer: Die bisherige Skala für Mittelschullehrer sei dadurch entstanden, daß eine Zulage von 150 Mark gewährt worden sei. Sie habe daher alle Nachtheile der Skala für Elementarlehrer gehabt und dabei noch den Mißstand, daß 150 Mark Zulagen gewiß kein Aequivalent und kein Anreiz sei, sich der großen Arbeit zu unterziehen, welche das Mittelschullehrerexamen erfordere. Die von dem Magistrat aufgestellte Skala gewähre ein Anfangsgehalt von 1650 Mk., das in 28 Jahren und zwar in dreijährigen Perioden um je 150 Mk. auf das Maximal-Einkommen von 3000 Mark steige. Diese Skala sei von der Kommission angenommen worden, ebenso die Bemerkungen zu derselben, nämlich, daß die Dienstzeit künftig nicht mehr vom Beginne der Anstellung als Elementar-, sondern als Mittelschullehrer ab gerechnet werden, und daß dem Magistrat die Möglichkeit offen gehalten werden solle, bei der Anstellung den Mittelschullehrern einen Theil der seit Ablegung des Mittelschullehrerexamens zurückgelegten Dienstzeit, aber nicht über 4 Jahre, anzurechnen. Wolle man diese Skala einführen, so würde durch dieselbe ein Theil der Mittelschullehrer sehr geschädigt werden. Diesem Uebelstande könne man nicht anders abhelfen, als durch eine fingirte Berechnung (Vordatirung) der Dienstzeit, die nunmehr erfolgen müsse. Bei genauerer Betrachtung der Skalen für die Elementar- und die Mittelschullehrer habe er gefunden, daß die Elementarlehrer, welche frühestens 5 Jahre nach Ablegung der zweiten Prüfung das Examen als Mittelschullehrer erfolgreich machen könnten, und die dann als Mittelschullehrer angestellt würden, von der vorliegenden Skala sehr wenig Vortheil, ja theilweise Schaden gegenüber den gleichaltrigen Elementarlehrern haben würden. Er habe daher eine neue Skala für die Mittelschullehrer aufgestellt, nach welcher die Letzteren mit 1800 M. anfangen und in 24 Dienstjahren mit den gleichen Aszensionen wie nach der Skala des Magistrats in 24 Dienstjahren bis auf 3000 M. steigen. Der Magistrat habe auch die Vorzüge dieser Skala anerkannt. Durch dieselbe ermäßige sich die Berechnung eines fingirten Dienstalters von 12 auf 5 Fälle. Außer anderen Vortheilen werde sie eventl. auch den Anreiz gewähren, daß hiesige Elementarlehrer sich eher zur Ablegung des Examens als Mittelschullehrer entschließen würden. Aus demselben Grunde, den die Kommission für die Ablehnung der Skala für Elementarlehrer geltend gemacht habe, habe dieselbe auch die Annahme dieser Skala abgelehnt. Er persönlich bitte um die Annahme derselben.

Stadtv. Jaeckel: Die Konsequenz der Annahme der Skala für Elementarlehrer sei, daß man das Gehalt für Mittelschullehrer ebenfalls reichlicher bemessen müsse, als es in der vorliegenden Skala, die der Magistrat aufgestellt habe, geschehe. Er werde daher für den weitergehenden sehr begründeten Antrag des Herrn Nötel stimmen.

Oberbürgermeister Mueller steht diesem Antrage gleichfalls sympathisch gegenüber, hebt aber hervor, daß hier die finanzielle Differenz eine prozentual viel erheblichere sei, als bei der Skala für die Elementarlehrer. Der momentane Effekt sei eine Vermehrung der Ausgabe um 1050 Mk., der dauernde aber werde noch größer sein, wenn man mit solchen Lehrern rechne, welche nach der neuen Skala aszendirten. Das würde indessen nach seinem persönlichen Standpunkte kein erhebliches Hinderniß sein.

Stadtv. Brodnitz bittet, den Antrag des Herrn Nötel noch einmal der Kommission zu überweisen, ev. zu vertagen, da man die finanzielle Tragweite dieses Antrages heute nicht beurtheilen könne.

Stadtv. Dr. Landsberger erklärt sich für Annahme des Nötelschen Antrages, jedoch mit der Abänderung, daß das Maximal-Einkommen nicht im 25., sondern entsprechend der Magistratsvorlage, erst im 28. Dienstjahre erreicht werden solle.

Stadtv. Dr. Hirschberg macht den Vorschlag, die Aszension bis zum 21. Dienstjahre so beizubehalten, wie Herr Nötel vor-

---

uns in eines „weisen Meisters“ wunderliche „Zauberküche“, um das Märchenwort auch von dieser Märchendichtung zu gebrauchen. Meister Albertus, eine Gestalt, in der sich Faust und Don Juan vereinigen, verschmäht die Liebe eines blondhaarigen Bürgermägdeleins, Namens Maria, denn ihn lüstet nach „Hexenliebe.“ — Es ist Walpurgis-Nacht, und die Hexen, unter denen nach einem „verbürgten Gerüchte“ auch junge und schöne sein sollen, reiten auf allerlei Gethier, und in Ermangelung dessen auch auf Besenstielen, durch die Luft nach dem Blocksberge, wie man im „Faust“ des Genaueren nachlesen mag. Eine oder gleich mehrere dieser Herchen zu fangen, hat Meister Albertus, der schon damals in seinen urfernen Lebzeiten, die Kraft der Elektrizität zu benützen wußte, über seinem Schornstein eine elektrische Draht-Hexenfalle eingerichtet, in der sich richtig auch ein paar Hexen fangen. Meister Albertus zieht mit ihnen zum Blocksberg, wo er eine lustige Walpurgisnacht mit ihnen zubringt; als galanter Mann geleitet er seine schönen Teufelinnen aber auch wieder nach Hause, d. h.: zu sich nach Hause, wie Unsereins seine oft nicht minder herzbezaubernden Balldamen nach dem Tanze wieder auf den Platz zurückgeleitet. Nun bricht aber der grauende Tag herein, und Albertus, der schließlich doch ungalant ist und seine „Weiberchen“ nicht aus dem Hause lassen will, muß wahrnehmen, daß sich die jungen, hübschen Herchen in alte, häßliche, grauenvolle Hexen verwandeln; nun freilich läßt er sie durch den Schornstein abdampfen, und, Wunder über Wunder, wird der Gnade theilhaftig, daß die blonde Maria ihm nicht nur trotz dieser walpurgischen Extravaganzen ihre Liebe bewahrte, sondern ihn sogar von allem Teufelswerk befreit, ihm an Stelle der Hexenliebe die wahre Liebe einflößt und ihn schließlich zum Gange nach dem Traualtar der christlichen Kirche zu bringen vermag, womit denn natürlich aller Hexenspuk ein Ende hat!

Ich weiß nicht, was ich an dem Stückchen mehr bewundern soll: den köstlichen Humor, dessen es voll ist, oder die blühende, niemals mystisch-unklare Phantastik, die dichterische Kraft in Handlung und Charakteristik, oder die Schönheit des Versbaues und die eminente Kunst, mit welcher der Dichter dieses sinnlichkeiterfüllte dramatische Gedicht keusch zu erhalten wußte, mit der er es verstand, selbst bei den größten aller Freiheiten, die er sich nahm, die Zuschauer und Zuschauerinnen nicht zu verletzen! Er hatte in seinem Dichten und Trachten übrigens wackere Hilfstruppen, sowohl an den Kräften des „Berliner Theaters“, welche den schwierigen äußeren Apparat, die szenischen Effekte, vorzüglich zu handhaben wußten, als auch an den Interpreten seiner Gestalten, von denen besonders Fräulein Nuscha-Butze als derbe, im Walpurgistreiben wohlerfahrene Hexe, sozusagen als weiblicher Habitué des Blocksberges, und ebenso das junge, Anfangs schüchterne Herchen Gisela Schneider ganz vortrefflich waren, diese zu diabolisch-überschäumender Lustigkeit erwachende „Teufelinne“, die ihren ersten Hexenball mitmacht und keineswegs gesonnen ist, als Mauerblümchen frühzeitig das Sitzenbleiben zu erlernen!

Und nun von etwas Anderem, damit ich Ihnen heute nicht bloß einen Theaterbrief schreibe! Die Schultesche Kunsthandlung, die uns vor einiger Zeit schon das zweite Franklin-Bild Julius v. Payers „Das Verlassen der Schiffe“ vorführte, (während bekanntlich Payers erstes Gemälde die grausige Scenerie, wo der letzte Ueberlebende der Franklin-Expedition sich und die Leichen seiner Kameraden in der „Bai des Todes“ gegen Eisbären vertheidigt, in der Jubiläums-Kunstausstellung zu sehen war) hat vor einigen Tagen auch Payers neuestes Gemälde „Sir John Franklins Tod“ zur Schau gestellt. Payer, der als Führer der österreichischen Nordpolar-Expedition selber die Stätten gesehen hat, auf denen Franklin und die Seinigen als Märtyrer der Wissenschaft im Kampfe gegen unbesiegbare Naturgewalten erlagen, hat sich die Aufgabe gestellt, das heldenhafte Ringen jener wackeren Entdecker der so lange gesuchten „nordwestlichen Durchfahrt“ im Bilde zu verewigen. Er trat 1880 in die Münchener Akademie ein, um dort sein ungeschultes Maltalent für die große Aufgabe vorzubilden, und vollendete drei Jahre später das vorerwähnte gewaltige Gemälde „die Bai des Todes“. Als es fertig war und dem Künstler für beide Bilder sowohl die große goldene Medaille von Paris als auch die der Berliner Jubiläums-Ausstellung zu Theil geworden waren, übersiedelte Payer nach Paris und schuf dort, in der malerischen Verherrlichung seiner Helden zeitlich rückwärts gehend, das Bild, welches uns den vom Todesmuthe eingegebenen Versuch der überlebenden von Franklins Leuten zeigte: nach dem Ableben des Führers Rettung durch das Verlassen der Schiffe“ zu suchen. Noch weiter rückwärts gehend schildert uns Payer jetzt den „Tod Sir John Franklins“. Das große Bild stellt die Kajüte des Kommandanten der Expedition auf dem Schiffe „Erebus“ dar, einen kleinen Raum, der vom Tageslichte erhellt wird, da der Schnee vom Skylight der Kajüte entfernt ist. Rechts sehen wir den riesigen Mast des Schiffes durch den Raum gehen; links steht ein kleiner Ofen; zwischen Mast und Ofen nun spielt sich die erschütternde Szene ab, zu deren Augenzeugen uns der Künstler macht: umstanden von den schmerzgebeugten Offizieren und Mannschaften der Schiffe ruht der greise John Franklin mit aufgerichtetem Oberkörper auf seinem Lager, ein Eisbärenfell über die Knie gezogen, beide Hände gleichsam in zitternder Bewegung in den Händen der neben ihm stehenden Kapitäne Crozier und Fitzjames, seiner Nachfolger im Kommando, die gleich ihm wissen: sein Ende ist da!

Etwas entfernter steht die Mannschaft, geführt von Blanky und Beed (beides Porträts) in ehrfurchtsvoller Haltung vor dem geliebten Führer. Einige Leute steigen im Hintergrunde von Deck herab und gesellen sich der Gruppe zu. Zur Rechten hinter einer Anzahl von Offizieren steht Lieutenant De Noeux (gleichfalls Porträt) die Bibel in der Hand, denn der fromme Seeheld hat noch einmal im Sterben das Wort des Herrn zu hören begehrt. Eine aufgeschlagene Karte von der Umgebung des „großen Fischflusses“ läßt vermuthen, daß Franklin vor Kurzem zum letzten Male von dem bevorstehenden Rückzuge gesprochen und den Seinigen Weisungen und Rathschläge ertheilt hat. — Darauf ist Stille eingetreten . . . ein wortloser Abschied.

Das sind Motiv und Stellung der Hauptgruppe: Fitzjames, Franklin und Crozier, von links nach rechts gezählt. — Nächst Franklin ist Crozier die menschlich interessanteste Gestalt des Bildes, da ihm nachher jene großartige und furchtbare Rolle zufiel, die dem Tode Geweihten ihrem Ende entgegenzuführen, und — wenn die Eskimos wahr berichteten, sie Alle zu überleben, wie es Payer in seiner „Bai des Todes“ so erschütternd dargestellt hat. — Von Fitzjames sehen wir nur den Rücken. Er ist hier auf dem „Erebus“ zu Hause; daher seine Uniform, die bei englischen Polar-Expeditionen stets reglementmäßig getragen werden mußte, wenn es die Witterung irgend zuließ. — Crozier ist von dem etwas entfernteren „Terror“ über das Eis herbeigeeilt, daher trägt er den weißen, aus Pelzen und Wolle zusammengestellten Mantel und die Schneestiefel, ein Kostüm, das auch so manche Anderen der in stummem Schmerze Dastehenden tragen.

Ueberall auf dem Bilde zeigt sich Gemessenheit in Ausdruck und Bewegung; es sind rauhe, unbeugsame Männer, welche diese Scene bilden. Sie ahnen, was ihnen bevorsteht, aber ihr Mienenspiel verräth nichts von der Sorge um das eigene Schicksal; sie denken jetzt nicht an sich, sondern nur an den von Allen verehrten Führer, dem sie bald die letzte Ruhestätte im ewigen Nordpolareise werden bereiten müssen.

Was die malerischen Qualitäten des Bildes anlangt, so ist es namentlich bedeutend in den Physiognomieen. Der Ausdruck in den Gesichtern dieser wetterharten, an Schweres gewöhnten und jetzt im Gemüthe bewegten Männer ist dem Künstler vortrefflich geglückt, und ebenso ist es ihm gelungen, sie und die ganze Kajüte mit all' ihren Einzelheiten in außerordentlicher Plastik vor uns hinzustellen. Die Farbe allerdings ist etwas lackartig, sie nimmt sich wie Glasur aus und ist ungewöhnlich stark im Ton, wenn auch dabei weich und warm. Ob sie anders ausgefallen wäre, wenn dem Künstler nicht das Geschick betroffen hätte, durch eine an und für sich leichte und gefahrlose Operation doch das eine Auge vollständig zu verlieren . . . . wer könnte das sagen?!

schlägt, von da ab aber nur in dreijährigen Perioden von je 100 Mark steigen zu lassen.

Oberbürgermeister **Mueller** hebt hervor, daß die Maximalgehälter keine so große Rolle spielten. Viel bedenklicher scheine die hohe Gestaltung des Etats in den mittleren Stufen. Daher schlage er eine Skala vor, nach welcher die Mittelschullehrer ein Anfangsgehalt von 1800 M. bekommen und in vierjährigen Perioden von je 150 M. steigen sollten. Das Maximum würde dann in 27 Jahren erreicht werden.

Stadv. Dr. **Landsberger** hält diese Skala für unvortheilhaft. Er schlägt vor, die Aszension vom 1. bis 19. Dienstjahre nach dem Antrage des Herrn Nötel zu belassen, vom 20. bis 29. dagegen nur von 3 zu 3 Jahren um je 100 M. aszendiren zu lassen.

Stadtv. **Nötel** hebt hervor, daß nach diesem Vorschlage der finanzielle Effekt doch kein bedeutender sein würde und die letzten Steigungen zu schwach ausfielen.

Die Abstimmung ergiebt die Annahme der von Herrn Nötel vorgeschlagenen Skala mit dem Amendement des Herrn Dr. Landsberger. Die oben erwähnten Bestimmungen zu dieser Skala werden ebenfalls angenommen.

Ueber die Skala für die städtischen Rektoren berichtet ebenfalls Stadtv. **Nötel**. Nach derselben beträgt das Anfangsgehalt für die Rektoren 3300 M. und steigt in zwei und dreijährigen Perioden von je 200 M. bis zum Maximaleinkommen von 4500 Mark. Die zur Zeit gewährten persönlichen Zulagen seien zum größten Theile in die Skala aufgenommen. Funktionszulagen sollen erhalten: die Rektoren der Mittelschulen je 400 M. und der Rektor der Bürgerschule 200 Mk.

Stadtv. **Jaekel** ist der Meinung, daß der Rektor der Mädchenmittelschule eine geringere Funktionszulage erhalten solle als der Rektor der Knabenmittelschule. Stadtv. **Fahle** vertritt die Ansicht, die Funktionszulagen überhaupt zu streichen.

Nachdem Oberbürgermeister **Mueller** für die Annahme der Skala eingetreten ist, genehmigt die Versammlung ohne weitere Debatte die Einführung derselben, sowie die geforderten Funktionszulagen.

Schluß der Sitzung 8¾ Uhr.

Lokales.

Posen, den 8. März.

—u. **Landschaftliche Wahlen.** Vorgestern haben hierselbst im Stern'schen Hotel die Wahlen dreier Deputirten der Hauptgesellschaft der Landschaft stattgefunden. Von den 107 Wahlberechtigten waren 20 Deutsche und 14 Polen erschienen. Es wurden drei Deutsche, nämlich die Herren Landes-Oekonomierath **Kennemann**-Klenka, Rittergutsbesitzer **Graßmann**-Koninko und Rittergutsbesitzer v. **Mollard**-Gora auf die Dauer von fünf Jahren zu Deputirten der Hauptgesellschaft der Landschaft gewählt.

d. **Ueber Maßnahmen zur Linderung der Hungersnoth in Galizien** hat Donnerstag Abend eine im Hotel de France hierselbst stattgefundene und von etwa 30 Personen (Polen) besuchte Versammlung berathen. Es wurde die sofortige Bildung eines Hilfskomites beschlossen. Zum Eintritt in dieses Komite sollen einflußreiche Personen aller Stände aus den Provinzen Posen und Westpreußen, sowie aus dem Ermlande ersucht werden. Im Schoße dieses Komites soll auch eine Frauen-Abtheilung gebildet werden, in welcher Frau Gräfin Kwilecka den Vorsitz führen soll. Das Komite stellt sich zur Aufgabe, Liebesgaben in Geld und Naturalien zu sammeln, Frachtermäßigungen für Getreide, Kartoffeln und anderes Gemüse auszuwirken, sowie unter der Leitung des Komites in den einzelnen Kreisen und Städten Unterkomites zu bilden. Weitere Maßnahmen und deren Ausführungen bleiben dem Komite überlassen. — Wie der „Dziennik Pozn." mittheilt, ist die Hungersnoth in Galizien eine viel größere, als man anzunehmen pflegt. Die letzte Ernte war daselbst um 25 bis 33 Prozent geringer als eine Mittelernte, was einen Ausfall von 84 750 000 Gulden ausmacht, wovon 58 300 000 Gulden auf den kleineren, der Rest auf den größeren Grundbesitz entfällt.

—u. **Verhaftung.** Gestern Abend ist ein obdachloser Arbeiter zur Haft gebracht worden, weil derselbe auf der Wallischeibrücke öffentliches Aergerniß erregt hatte.

—u. **Diebstähle.** Einem in der Mühlenstraße wohnhaften Hotelier sind am 3. d. M. eine Hose und ein zweiräderiger Handwagen, letzterer im Werthe von 10 Mark, entwendet worden. Ein begründeter Verdacht gegen eine bestimmte Person liegt zur Zeit noch nicht vor. — Gestern Vormittag ist einem auf dem Wilhelmsplatz wohnhaften Musiklehrer in dem Vestibul des Stadttheaters aus der Tasche seines Pelzes ein Portemonnaie entwendet worden, welches zwei Zwanzigmarkstücke, ein Zehnmarkstück, ein Thalerstück, mehrere Fünfzig-Pfennigstücke, sowie verschiedene Nickelmünzen, zwei Schlüssel, einen Uhrschlüssel und ein Freibillet enthielt. Auch in diesem Falle ist der Dieb noch nicht ermittelt worden.

Aus der Provinz Posen
und den Nachbarprovinzen.

—i. **Gnesen,** 6. März. [Wohlthätigkeitsvorstellung.] Der Geselligkeitsverein veranstaltete heute Abend im Saale des Hotel de l'Europe eine zahlreich besuchte Theatervorstellung zum Besten der Unterstützungskasse für verunglückte Wehrmänner der Freiwilligen Feuerwehr Gnesen. Zur Aufführung gelangte die Posse „Papa Kiekebusch", welche lebhaften Beifall fand. Nach derselben wurde von den Mitgliedern des Vereins ein Tanzkränzchen arrangirt, welches die Festtheilnehmer bis zum Morgen vereint hielt.

Handel und Verkehr.

** **Auswärtige Konkurse.** Eröffnungen. Beim Gericht zu Belgard. Kaufmann Carl Tesch das. Belgern. Strumpfwirker Eduard Ziegenbalg das. Bernburg. Fleischermeister Adolf Klauß in Leopoldshall. Bonn. Kaufmann Nicola Franz Weiler das. Dtsch.-Eylau. Kaufmann Wolf Silberstein das. Diedenhofen. Krämer Jacob Müller in Homburg-Kedingen. Düsseldorf. Kaufmann Heinrich Horn das. Gernsheim. Andreas Wunderle Wittwe daselbst. Glauchau. Restaurateur Ernst Julius Wassermann das. Hamburg. Papierhändler Christian Heinrich Ferdinand Lilie das. Hamburg. Schneider Heinrich Friedrich Wilhelm Thie das. Hamburg. Händlerin Auguste Caroline Christiane Haamann, geb. Steinhauer, das. Kempten. Kaufmann Ignaz Rainer das. Klingenthal. Fleischer Christian August Döllnig das. Limbach. Schnittwaarenhändler Friedrich Wilhelm Müller das. Lörchingen. Spezereihändlerin Eleonore Précler in Landingen. Minden. Ziegeleibes. Gottlieb Bierbohm das. Offenburg. Sattler Wilhelm Kopf in Durbach. Sobernheim. Handelsfrau Wittwe Baumgart in Kirn. Wongrowitz. Kaufmann M. Kirschbraun in Gollantsch.

** **Berlin,** 7. März. [Konkurs-Nachrichten.] In dem Konkurse über das Vermögen 1) der Handelsgesellschaft Rob. Behrndt u. Co. hier wurde im ersten Termin vom Verwalter Gödel den Forderungen ohne Vorrecht von 19 700 M. eine Dividende von 22¼ Prozent in Aussicht gestellt, dem Kridar eine Kompetenz von 150 M. bewilligt und in den Herren G. Michaelis, W. Bursch und S. Wolff, Spandauerstr. 7 ein Gläubigerausschuß dem Verwalter zur Seite gestellt. — 2) des Tischlermeisters Wilhelm Hendrich finden nur die bevorrechtigten Forderungen Deckung, während die Forderungen ohne Vorrecht gänzlich ausfallen. — 3) des Kaufmanns Bernhard Diamant stellte der Verwalter Conradi im Prüfungstermin den vorrechtlosen Forderungen von 24 000 M. eine Dividende von ca. 12 Prozent in Aussicht. — Konkurs ist eröffnet über das Vermögen 1) des Kaufmanns Karl Wille hier, Friedrichstr. 216. Konkursverwalter ist der Kaufmann Fischer, Alte Jakobstr. 172, Anmeldefrist 1. Mai, Termin 1. April. — 2) des Cigarrenfabrikanten Fritz Kuwalki hier, Blumenstraße 10. Konkursverwalter ist der Kaufmann Gödel, Neanderstr. 10. Anmeldefrist 24. April. Termin 3. April.

** **Marktbericht über Kartoffelfabrikate und Weizenstärke** von Viktor Werckmeister. S. W. Berlin, 7. März. (Original-Bericht der „Posener Zeitung".) Das seit Beginn der Woche eingetretene Frostwetter, verbunden mit überaus starkem Schneefall, welcher die gehoffte baldige Wiedereröffnung der Binnen-Schifffahrt auf unbestimmte Zeit hinausrückt, blieb insofern nicht ohne Einfluß auf den Verkehr und die Tendenz von Kartoffelfabrikaten, als dieselbe einen weiteren Preisrückgang paralisirte und ein regeres Interesse für disponible Waare hervorrief. Um so schleppender war jedoch das Termingeschäft und zwar Mangels Meinung der Käufer für eine endliche durchgreifende Besserung desselben und des Kursniveaus. Dem entsprechend charakterisiren die auswärtigen Berichte den Handel, selbst in den Hauptartikeln Stärke und Mehl als lokal und die Stimmung gedrückt. Die aus dieser Situation resultirenden Umsätze am hiesigen Markt bedürfen insofern diesmal keiner speziellen Kritisirung, als der Umfang derselben nicht über das gewöhnliche Maß hinausging und Preisveränderungen nicht zu verzeichnen sind. Die in Frankfurt a. Oder und im dortigen Regierungsbezirk domicilirenden Syrups- und Stärkezuckerfabriken bezahlten für: Rohe reingewaschene Kartoffelstärke Käufers Säcken bei 2½ Proz. Tara bahnamtliches Verladungsgewicht disponibel und Februar-Lieferung Mark 7,45 netto Kasse per 100 Kilogr. franko Fabrik Frankfurt a. O. Berlin notirt: Ia. zentrifugirte chemischreine Kartoffelstärke, auf Horden getrocknet, mit 20 Proz. Wassergehalt disp. M. 15,50, März-April Mark 15,50, Ia Mehl M. 15,50, März-April Mk. —, superior prima Mehl C. A. K. M. 17,50, Ia Mehl, mechanisch getrocknet oder chemisch gebleichte Qualitäten do. loko Mk. 15,50, Mittel- und abfallende Qualitäten M. 15—14,50. Sekundastärke u. Mehl M. 13,50, IIIa M. 12,50. Trockene Schlammstärke M. 9—10. Alles per 100 kg brutto inkl. Sack netto Kasse; prima wasserheller Capillair- und Krystallsyrup C. A. K. Exportwaare in neuen eisenbändigen Tonnen von ca. 400 kg Inhalt disponibel und März-April M. 20,00, in marktgängiger Konsistenz C. A. K. und analoge Qualitäten disponibel und März-April M. 19,00, do. prima weißer unraffinirter Stärkesyrup do. M. 18,00, Ia strohgelber Stärkesyrup C. A. K. disponibel u. März-April M. 18,00, Ia blonder Stärkesyrup in alten und neuen Tonnen loko M. 17,00—17,50 prima raffinirter Capillair-, Brau- und Traubenzucker in Kisten C. A. K. und analoge Marken disponibel und März-April M. 19,50, Ia weißer Stärkezucker in Kisten C. A. K. und analoge Sorten disponibel und März-April M. 18,50, geraspelt in Säcken beide Qualitäten M. 0,50 per 100 kg höher, farbige Qualitäten loko und Lieferung M. 18,00, defekte Sorten fehlen.

** **Essen a. d. Ruhr,** 7. März. In der heute in Köln abgehaltenen Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Roheisenverbandes wurde der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge der günstige Abschluß der Februarstatistik und die volle Beschäftigung der Verbandswerke auf eine längere Dauer konstatirt. Preisveränderungen wurden nicht beschlossen.

** **Wien,** 7. März. Die Bilanz der österreichischen Bodenkreditanstalt weist einen Reingewinn von 2 596 084 Goldgulden auf. Es wird die Vertheilung einer Dividende von 30 Frcs. per Aktie vorgeschlagen. Mit 1 299 000 Fl. werden die Reserven dotirt, welche sich dadurch auf 11 256 000 Fl., also auf 117¼ pCt. des Aktienkapitals erhöhen. Im Reingewinn sind nicht enthalten die Gewinnantheile aus den ungarischen Konversionen, aus den Kaschau-Oderberger Prioritäten und aus der zweiten Serie der dreiprozentigen Loospfandbriefe.

** **Mailand,** 7. März. Die Einnahmen des Italienischen Mittelmeer-Eisenbahn-Netzes während der dritten Dekade des Monats Februar 1890 betrugen nach provisorischer Ermittelung: im Personen-Verkehr: Lire 905 712, im Güterverkehr Lire 1 618 482, zusammen Lire 2 524 194 gegen Lire 2 463 502 in der gleichen Periode des Vorjahres, mithin mehr Lire 60 692.

Telegraphische Nachrichten.

Madrid, 8. März. Im Senat hat sich auf die Anfrage eines konservativen Senators der Finanzminister gegen eine neue Anleihe ausgesprochen, welche dem Staatsschatze nur zeitweise aushelfen und die dauernden Lasten des Staates vergrößern würde.

Lissabon, 8. März. Die von hier aus angestellten Nachforschungen über den angeblich portugiesischen Weißen, welcher in Wyddah die zurückgebliebenen Eurapäer an den König Dahomey ausgeliefert haben sollte, ergaben, daß diese Persönlichkeit kein Portugiese, sondern ein übelbeleumdeter Eingeborener ist, welcher von dem König in Wyddah entsandt worden war.

London, 7. März. Der Castle-Dampfer „Hawarden Castle" ist gestern auf der Ausreise in Capetown angekommen. Der Castle-Dampfer „Norham Castle" ist heute auf der Heimreise in London angekommen.

Barmen, 8. März. Die strikenden Riemendrehergesellen beschlossen in einer gestrigen Versammlung, von jeder Fabrik, welche die Arbeit eingestellt hat, drei Mann als Delegirte zu wählen, die mit den Fabrikherren unterhandeln sollen. Falls die Fabrikherren die Sperre eintreten lassen, will man ebenfalls die Zeit bestimmen, wie lange der Strike dauern soll. Eine Anzahl Meister, welche die Arbeit aufgenommen hatte, stellte dieselbe wieder ein.

Pest, 8. März. Die ungarische regierungsfreundliche Presse erörtert die gegenwärtige Lage mit bemerkenswerther Ruhe, indem sie den Hauptnachdruck auf das Beisammenbleiben der liberalen Partei legt und hervorhebt, daß der Grund zur Krise in einem rein persönlichen Momente liege. Somit ständen für die Opposition keinerlei Erfolge in Aussicht. Der Nachfolger Tiszas, aufrichtig unterstützt von der Majorität unter Führung Tiszas, werde das Werk des Liberalismus fortsetzen. Dem „Egyetertes" zufolge ist Graf Josef Zichy statt Telekis zum Minister des Innern designirt; Teleki werde den Ackerbau übernehmen, da der bisherige Ackerbauminister Szapary der muthmaßliche neue Ministerpräses sein werde. Dem „Pesti Hirlap" zufolge wird Tisza morgen in einer Konferenz der Mitglieder seiner Partei die Motive seines Vorgehens darlegen. Das neue Kabinet wird sich dem Parlament am 15. März vorstellen.

Petersburg, 8. März. Der Kaiser empfing am Donnerstag den Präsidenten der Skupschtina Paschitsch. — Das „Journal de St. Pétersbourg" tritt den unglaublichen Enthüllungen des „Standard" über Panitzas Verschwörung entgegen. Hitrowo heiße nicht Nicolas Tadorowitsch, der General Domontoritsch habe Petersburg niemals verlassen, die angeblich von der russischen Gesandtschaft in Bukarest herrührenden Dokumente existirten nicht, die Mittheilungen früherer unbedeutender Beamten seien durchaus unglaubwürdige. Die Behörden in Sophia, wenn sie solche Nachrichten in Umlauf setzten, bewiesen, daß sie sich keck herauszureden nöthig hätten, sich aber auch über die heikle eigene Lage täuschten, in welcher sie trotzdem die Situation auszunützen suchten unter dem Vorwande, die Regierung und Verfassung Bulgariens von Europa anerkannt zu sehen, welches nicht bemerke, daß es sich zu einem solchen Manöver hergebe.

Nach der „Nowoje Wremja" hat der Admiralitätsrath die Neueintheilung der Flottenmannschaften angenommen, indem die Equipagen der baltischen und der Schwarzen Meer-Flotte zu je 950 bis 1000 Mann umgebildet und zwei baltische und eine Schwarze Meer-Flotten-Truppendivision unter je einem Flaggmann organisirt werden sollen. Der Divisionschef soll gleichzeitig Geschwaderchef sein.

Bukarest, 8. März. Die Regierung kündigte die Handelsverträge mit Belgien und Italien, welche am 1. März 1891 ablaufen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1890.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
7. Nachm. 2	741,5	SW stark	bedeckt	+ 3,0
7. Abends 9	743,2	SW frisch	bedeckt ¹)	+ 2,4
8. Morgs. 7	743,6	SW stürmisch	bedeckt ²)	+ 4,2

¹) Von 1½ bis 2½ Uhr Schnee. ²) Nachts stürmisch.

Am 7. März Wärme-Maximum + 3,5° Cels.
Am 7. = Wärme-Minimum — 4,6° =

Börse zu Posen.

Posen, 8. März. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Kündigungspreis (50er) —,—, (70er) —,—. (Loko ohne Faß) (50er) 52,40, (70er) 32,80. August (50er) 54,—, (70er) 34,40.

Posen, 8. März. [Börsenbericht.]
Spiritus fester. (Loko ohne Faß) (50er) 52,60, (70er) 33,—. August (50er) 54,—, (70er) 34,40.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 8. März. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 7.			Not. v. 7.
Weizen fester			**Spiritus** fest		
pr. April-Mai	196 50	196 50	70er loko o. Faß	34 20	34 20
„ Juni-Juli	195 —	195 —	70er April-Mai	33 90	33 80
Roggen ermattend			70er Juni-Juli	34 50	34 40
„ April-Mai	171 25	171 50	70er Aug.-Septbr.	35 30	35 20
„ Juni-Juli	168 —	167 50	50er loko o. Faß	53 80	54 —
Rüböl fester					
pr. April-Mai	68 30	67 60			
„ Septbr.-Oktobr.	58 50	58 30			
Hafer					
pr. April-Mai	163 75	163 50			

Kündigung in **Roggen** — Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) —,000 Liter, (50er) —,000 Liter.

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)

			Not. v. 7.
do.	70er loko	34 20	34 20
do.	70er April-Mai .	33 80	33 90
do.	70er Juni-Juli .	34 40	34 50
do.	70er Juli-August .	34 90	35 —
do.	70er Aug.-Septbr.	35 20	35 30
do.	50er loko	53 80	54 —

		Not. v 7.			Not v. 7.
Konsolidirte 4% Anl.	106 50	106 40	Poln. 5% Pfandbr.	66 50	66 40
„ 3½% „	102 40	102 40	Poln. Liquid.-Pfdbr	60 90	60 75
Pos. 4% Pfandbriefe	102 —	102 —	Ungar. 4% Goldrente	87 80	87 75
Pos. 3½% Pfandbr.	99 60	99 60	Ungar. 5% Papierr.	84 60	84 40
Pos. Rentenbriefe	103 90	104 —	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	173 —	173 —
Oestr. Banknoten	171 40	171 25	Oest. fr. Staatsb. ultimo	96 —	96 25
Oestr. Silberrente	75 40	75 10	Lombarden ultimo	56 50	56 40
Russ. Banknoten	222 25	221 75	**Fondstimmung** fest		
Russ 4½% BdkrPfdbr	98 90	98 80			
Ostpr. Südb. E. S. A	87 10	85 75	Schwarzkopf	226 —	234 50
Mainz Ludwighfdto	122 25	122 —	Königs- u. Laurah.	154 90	151 —
Marienb. Mlaw dto	57 90	57 50	Dortm. St. Pr. La. A.	99 50	96 90
Italienische Rente	92 75	92 50	Inowrazl. Steinsalz	48 50	48 75
Russ 4% konsAnl 1880	94 50	94 50	Ultimo:		
dto. zw. Orient. Anl.	69 —	68 80	Dux-Bodenb. EisbA	215 50	212 25
dto. Präm.-Anl 1866	158 75	158 90	Elbethalbahn „ „	98 60	97 25
Rum. 6% Anl. 1880	104 25	104 —	Galizier „ „	84 25	84 60
Türk. 1% konf. Anl.	17 90	17 90	Schweizer Ctr. „ „	150 50	149 50
Pos. Provinz. B. A.	— —	— —	Berl. Handelsgesell.	177 —	174 25
Landwrthschft. B. A.	— —	— —	Deutsche B. Akt.	171 75	169 —
Pos. Spritfabr. B. A	— —	— —	Diskonto Kommand.	236 25	234 50
Gruson Werke	169 25	170 —	Russ. B. f. ausw. H.	74 75	74 40

Nachbörse: Staatsbahn 96 —, Kredit 173 —, Diskonto-Kom. 236 40

Stettin, 8. März. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 7.			Not. v. 7.
Weizen unverändert			**Spiritus** fest		
April-Mai	189 50	189 50	per loko 50 M. Abg.	53 —	52 80
Juni-Juli	191 50	191 50	„ „ 70 „ „	33 50	33 30
			„ April-Mai 70 M.	33 50	33 20
Roggen fester			„ Aug.-Septbr. =	34 90	34 60
April-Mai	167 —	166 50			
Juni-Juli	166 —	165 50	**Petroleum***)		
			do. per loko	12 —	12 —
Rüböl still					
März	68 —	68 50	**Hafer**		
April-Mai	67 50	67 50	do. per loko		

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1½ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.